



Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 2/2023



Liebe Leserinnen und Leser,

In den vergangenen Legislaturperioden ist der Bundestag aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten auf 736 Abgeordnete angewachsen. Damit ist der Bundestag so groß wie nie zuvor. Wir wollen das ändern und haben uns mit unseren Koalitionspartnern auf einen Gesetzentwurf zur Verringerung des Bundestags geeinigt – ein guter Kompromiss, durch den die Regelgröße von 598 Abgeordneten künftig eingehalten wird und zugleich alle 299 Wahlkreise erhalten bleiben. Alle Parteien sind von der Reform betroffen, keine Partei wird einseitig benachteiligt. Nach langen Debatten und Verhandlungen kommt es nun darauf an, die Wahlrechtsreform zügig umzusetzen. Nichts ist keine Alternative, weil dann 19 Wahlkreise wegfallen würden, was sich im Übrigen auch auf den Zuschnitt vieler weiterer Wahlkreise auswirken würde. Die Folge wären noch größere Wahlkreise – und damit längere Wege für Abgeordnete und weniger Zeit für die Bürger:innen.

Ein Thema hat besonders Eltern in den letzten Wochen und Monaten ungetrieben: der Mangel an bestimmten Medikamenten wie beispielsweise Freigeist oder Humal. Damit sich die Lage kurzfristiger entspannt, sollen die Krankenkassen die sogenannten Festverträge für 180 Medikamente für drei Monate aus. Das bedeutet, dass die Hersteller mehr Geld für diese Arzneimittel erhalten können. Zudem hat unser Gesundheitsminister Eckpunkte für strukturelle Verbesserungen bei der Arzneimittelversorgung vorgelegt. Künftig sollen Krankenkassen deutlich höhere Kosten als heute übernehmen können, damit sich Lieferungen nach Deutschland mehr lohnen. Zudem soll die Produktion von Arzneimitteln in der EU gestärkt werden, indem zuverlässige europäische Hersteller bei Vertragsabschluss bevorzugt werden.

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Europa ist nur dann erfolgreich, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam an einem Strang ziehen. Beide Länder haben die Freie Handlung als ein 20. Januar 1864 den Elysée-Vertrag unterschrieben. In dieser Woche jährt sich die Unterzeichnung zum 60. Mal. Mit einer Vereinbarung Debatte im Bundestag bekräftigen wir die deutsch-französische Freundschaft als Motor der europäischen Integration. Am Sonntag findet außerdem ein Festakt mit Vertreter:innen beider Länder in Paris statt, an dem neben Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas auch Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages teilnehmen.

Ihre

Sabine Dittmar

Soziale Politik für Dich



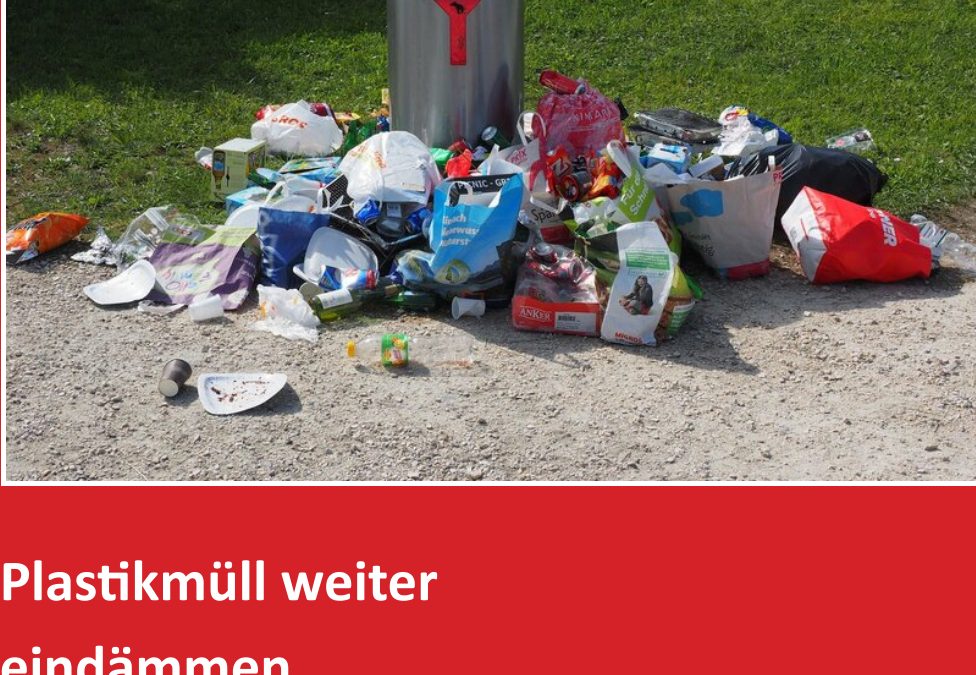
Kindermarketing für Ungesundes stoppen

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt den längst überfälligen Vorstoß zwei großer Discounter, ungesunde Lebensmittel nicht länger gezielt an Kinder zu bewerben. Die beiden Discounter machen es vor, nun muss die gesamte Lebensmittelbranche nachziehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinbarung auf dem Koalitionsvertrag zügig umgesetzt wird und fordern den Bundesernährungsminister auf, schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf mit konkreten und umfassenden Maßnahmen zum Verbot von an Kinder gerichteter Werbung vorzulegen. Als Grundlage sollten die Nährwertkriterien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gelten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den Koalitionsverhandlungen dafür stark gemacht und eine klare Regulierung von Kindermarketing in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt.

Werbung für ungesunde Lebensmittel mit viel Zucker, Fett oder Salz fördert nachweislich ein ungesundes Essverhalten. Besonders im Kindesalter kann eine ungesunde Ernährung negative Folgen haben. Für uns ist klar: Kinder sind verletzliche Verbraucher:innen und Verbraucher, sie müssen daher besonders geschützt werden. Das gilt auch für den Schutz vor Junkfood-Werbung, sei es im Supermarkt, Online oder im Fernsehen.

Aktuell sind etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Übergewicht und auch Präsenz sogar von starkem Übergewicht betroffen. Nicht nur aus unserer Sicht, sondern auch aus Sicht eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses aus Verbraucherschützer:innen und Verbraucherschützer, Ernährungs- und Kinderschutzorganisationen sowie den größten deutschen Krankenkassen besteht dringender Handlungsbedarf.



Plastikmüll weiter eindämmen

Ob in Verpackungen, Textilien oder Maschinen: Kunststoffe werden in der Gesellschaft und Wirtschaft vielfältig angewendet. Immer häufiger kommen sie jedoch in kurzlebigen Produkten zum Einsatz, die häufig nicht wiederverwendet und unsachgemäß entsorgt werden. Mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt: Kunststoff machen rund drei Viertel der weltweiten Meeresverschmutzung aus.

Die Bundesregierung hat deshalb in dieser Woche einen weiteren Gesetzentwurf zur Umsetzung der im Juni 2019 auf EU-Ebene beschlossenen Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt in den Bundestag eingebracht. Mit diesem Gesetz wird die Verantwortung der Hersteller für bestimmte Kunststoffprodukte erweitert. Darunter fallen Zigarettenfilter, Getränkebecher sowie Verpackungen von Lebensmitteln zum Sofortverzehr, die typischerweise auf Plätzen, Gehwegen oder Parks als Abfall landen.

Zentrales Element des Entwurfs ist die Einrichtung eines Einwegkunststofffonds beim Umweltbundesamt. In den Kunststoffhersteller eine Einwegkunststoffabgabe einzahlen. Mit dieser Abgabe werden Sammlung und Entsorgung der aus den Produkten entstehenden Abfälle im öffentlichen Raum finanziert, die bislang von der Allgemeinheit getragen werden. Die Höhe der Abgabe orientiert sich an der auf dem Markt bereitgestellten oder verkauften Menge an Einwegkunststoffprodukten. Die Höhe der auszu zahlenden Fondsmittel an Kommunen wiederum richtet sich nach den ersatzfähigen Leistungen.

Des Weiteren wird eine Einwegkunststoffkommission eingerichtet. Sie besteht aus Vertreter:innen der Hersteller und Anspruchs berechtigten, der privaten Entsorgungswirtschaft sowie der Umwelt- und Verbraucherverbände und hat eine beratende Funktion.

Neu geht es zu neuen DfP-Werbung mit nachhaltigen Ideen.

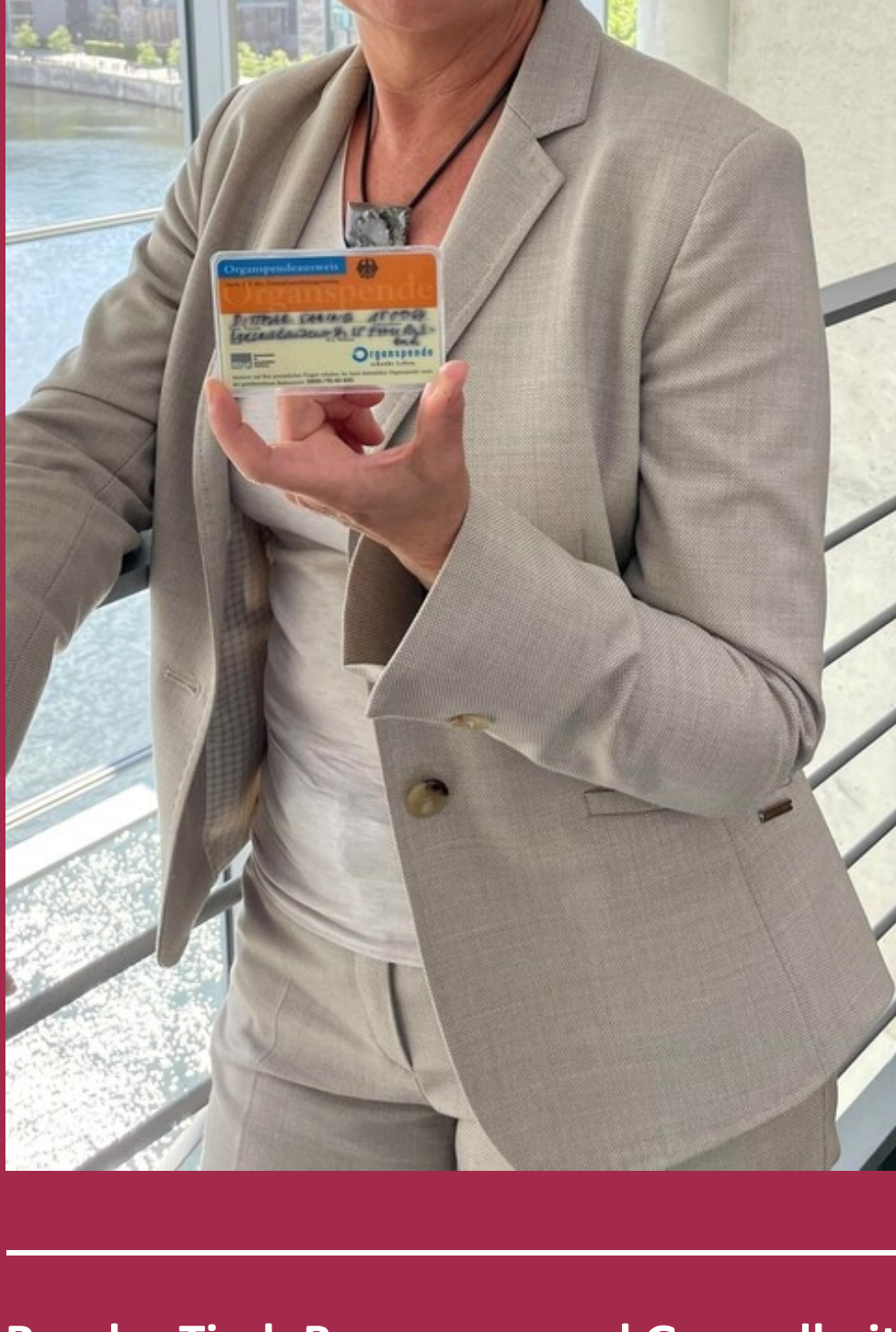


Wir machen Deutschland zum Fachkräfteland

Die Digitalisierung und der demografische Wandel verändern zunehmend den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vor allem gilt es, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, um die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hierzulande zu stärken.

Deshalb hat die Bundesregierung eine Fachkräftestrategie auf den Weg gebracht, die in dieser Woche im Bundestag beraten wurde. Die Fachkräftestrategie setzt einen unterstützenden Rahmen, zeigt Handlungsfelder auf und gibt Impulse zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Die Bundesregierung bekennet sich zudem zu einer Fachkräftepolitik, die zur Gleichstellung von Frauen und Männern beiträgt und strebt insbesondere eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen an. Dazu besteuern sollen auch die bereits beschlossene Weiterentwicklung der Familienbesteuerung sowie die Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Mit dieser Fachkräftestrategie wird die Bundesregierung die Ausbildung stärken, die Weiterbildungskultur und das moderne Einwanderung weiterentwickeln und mehr Einwanderung von Fachkräften ermöglichen. Mit einer Ausbildungsgarantie soll schließlich allen Jugendlichen ein Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht werden.



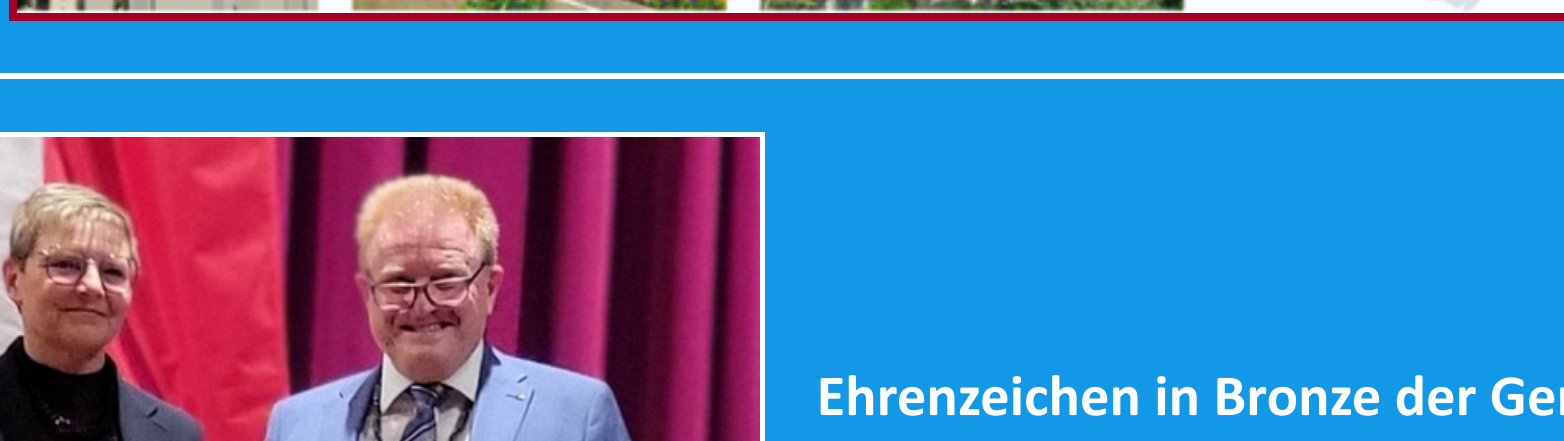
Zahl der Organspenden deutlich zurückgegangen

Die Zahl der Organspenden in Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Die am Montag veröffentlichte Statistik der Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) ist alarmierend. Wir müssen in Sachen Organspende dringend umdenken. Wir brauchen einen neuen Anlauf für die Widerspruchslösung. Bei einer Widerspruchslösung würde jeder automatisch als Organspender gelten, wenn er seine Ablehnung nicht explizit formuliert und hinterlegt hat. Sie wird in Frankreich, Irland, Italien, Österreich oder Spanien und in zwölf weiteren europäischen Ländern angewendet. Alle anderen Regelungen und Ideen haben leider nicht zum gewünschten Erfolg und zu einer Erhöhung der Spenderzahlen geführt, auch die erst 2020 beschlossene regelmäßige Aufklärung und Erinnerung. Im vergangenen Jahr waren es in Deutschland gerade einmal 869 Menschen, die nach ihrem Tod Organe spendeten. Das entspricht zehn Spendern je einer Million Einwohner:innen. Eine auch im europäischen Vergleich viel zu niedrige Zahl. Täglich sterben Menschen, weil es für sie kein passendes Spenderorgan gibt. Aktuell warten in Deutschland gut 8500 Kranke auf lebensrettende Organe. Oftmals schon seit Jahren. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, die Entscheidung, ob man mit einer Organspende auch nach seinem Tod Leben schenken will, zu treffen und auch zu dokumentieren. Dadurch kann man seinen Angehörigen in einer sowieso schon schweren Situation auch eine große Last nehmen. Ich selbst bin überzeugte Organspenderin und habe immer ein paar Blanko-Ausweise in der Handtasche, die ich gerne an Interessierte verteile.

Neu geht es zu neuen DfP-Werbung mit nachhaltigen Ideen.

Runder Tisch Bewegung und Gesundheit

Der vom Bundesgesundheitsministerium initiierte „Runde Tisch Bewegung und Gesundheit“ bringt seit Oktober 2022 die maßgeblichen Akteure zusammen, um Bewegung in Deutschland zu stärken. Bei unserer Sitzung in dieser Woche haben wir uns mit Bewegung im Kleinkindalter beschäftigt und zwar über Kita und Sportvereine hinaus. Wir brauchen niederschwellige Angebote, die es Familien mit Kindern möglich machen, Sport zu treiben oder sich spielerisch und aktiv zu bewegen. Ein Ansatz sind Familienzentren, wie sie beispielsweise auch in Halft gibt. Bewegung ist für das gesunde Aufwachen von Kindern und Jugendlichen unerlässlich, trägt zur Vermeidung von Übergewicht und vielen chronischen Krankheiten bei und hilft, gesundheitliche Auswirkungen der Pandemie abzumildern. Daher gilt es, dieses Potential von Alltagsbewegung und Sport maximal zu nutzen, sichtbar und erlebbar zu machen.



Ehrenzeichen in Bronze der Gemeinde Maßbach

Beim Neujahrsempfang in meiner Heimatgemeinde Maßbach konnte ich aus den Händen von Bürgermeister Matthias Klement das gemeindliche Ehrenabzeichen in Bronze entgegennehmen. Damit wurde meine Arbeit im Gemeinderat, dem ich bis 2020 zwei Wahlperioden und damit zwölf Jahre angehört habe, und meine Verdienste um Maßbach und seine Gemeindeteile gewürdigt. Ich habe mich über die Auszeichnung sehr gefreut.

Online-Vorstandssitzung der Unterfranken-SPD

Dass Gremiensitzungen auch online stattfinden können, ist eine der "Errungenschaften", die uns Corona gebracht haben. Es ist nicht mehr nötig, dass Menschen aus allen Himmelsrichtungen an einen Tagungsort fahren, man kann sich auch virtuell im eigenen Arbeitszimmer treffen. Zum Beispiel Mitte Januar bei einer Sitzung der unterfränkischen SPD-Vorstandsschaft. Gemeinsam haben wir das Jahr in dessen Mittelpunkt im Freistaat die Landtagswahlen stehen werden, besprochen.



Kontakt



Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung
Telefon: 030 227-71810

Markus Giesecke
Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin



Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung
Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer
Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Halft
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.mo07@bundestag.de

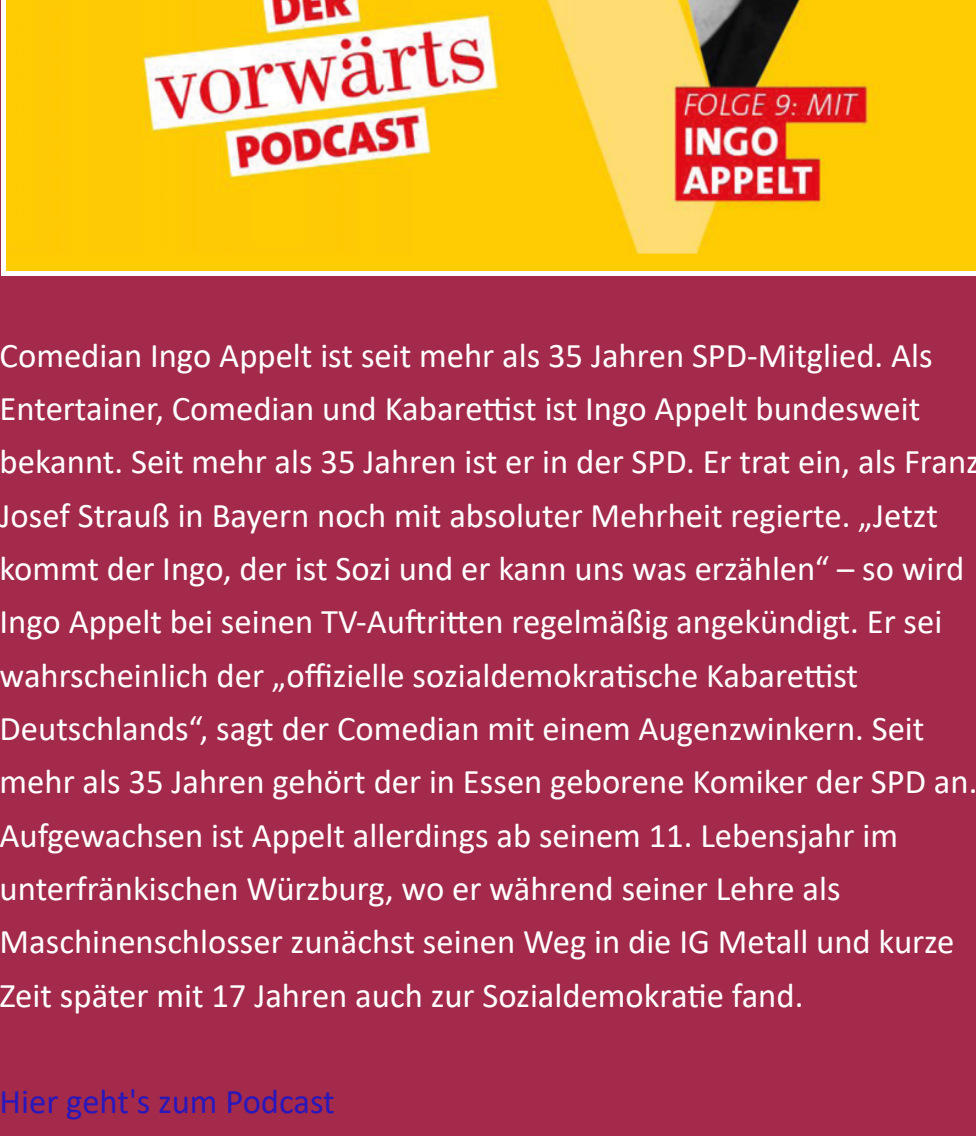
Marco Heumann
Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Halft

Aufgeschnappt! Das Zitat der Woche



Abgehört! SPD für die Ohren



Comedian Ingo Appelt ist seit mehr als 35 Jahren SPD-Mitglied. Als Entertainer, Comedian und Kabarettist ist Ingo Appelt bundesweit bekannt. Seit mehr als 35 Jahren ist er in der SPD. Er trat ein, als Franz Josef Strauß in Bayern noch mit absoluter Mehrheit regierte. „Jetzt kommt der Ingo, der ist Sozi und er kann uns was erzählen“ – so wird Ingo Appelt bei seinen TV-Auftritten regelmäßig angekündigt. Er sei wahrscheinlich der „offizielle sozialdemokratische Kabarettist Deutschlands“, sagt der Comedian mit einem Augenzwinkern. Seit mehr als 35 Jahren gehört der in Essen geborene Komiker der SPD an. Aufgewachsen ist Appelt allerdings ab seinem 11. Lebensjahr im unterfränkischen Würzburg, wo er während seiner Lehre als Maschinenschlosser zunächst seinen Weg in die IG Metall und kurze Zeit später mit 17 Jahren auch zur Sozialdemokratie fand.

Neu geht es zu neuen DfP-Werbung mit nachhaltigen Ideen.